

Die Kohlenversorgung.

Aus dem Haushaltsausschuß des Abgeordnetenhauses.

Der verstärkte Haushaltsausschuß des Abgeordnetenhauses setzte gestern die Behandlung der Frage der Kohlenversorgung fort. Aus der Mitte des Ausschusses wurde ausgeführt, daß die im Lande herrschende Unruhe über die Kohlenversorgung auf die Nichtveröffentlichung der Zahlen über die Förderung und auf die Begleitercheinungen bei der Erhöhung der Preise für Brennstoffe, sowie auf die Konditatspolitik zurückzuführen sei. Die genügende Versorgung der Gas- und Elektrizitätswerke sei unter allen Umständen sicherzustellen, gegebenenfalls auf Kosten der Zechentoteneten. Redner erörterte dann Arbeiterfragen im Bergbau. Der Minister für Handel und Gewerbe erklärte, daß er stets an dem Grundsatz festgehalten habe, berechtigten Ansprüchen der Arbeiter nach Möglichkeit entgegenzukommen, insbesondere auch Lohnsteigerungen innerhalb wirtschaftlich gerechtfertigter Grenzen vorzunehmen. Er müsse entschieden Wert darauf legen, daß die Arbeiterschaft ihre Wünsche über ihr Arbeitsverhältnis, falls sie darüber ein Einverständnis mit dem Arbeitgeber nicht erzielen, vor die reichsgesetzlich vorgeschriebenen Schlichtungsausschüsse bringe und nicht ohne diese Instanz angerufen zu haben, zur Einstellung der Arbeit schreite. Wenn Schwierigkeiten in der Kohlenlieferung entstehen, so sind sie darauf zurückzuführen, daß der Bedarf die Produktion übersteigt, und daß der jetzige Wagenmangel alle Dispositionen täglich wieder stört.

Ein Vertreter des Eisenbahnministers sagte zu, daß den vorgebrachten Wünschen auf Lohnerhöhung für das Personal nachgekommen würde. Eine allgemeine sofortige Lohnerhöhung von 10 v. H. sei in Aussicht genommen, daneben eine Erhöhung der Teuerungszulagen für die in besonders teuren Orten beschäftigten Arbeiter. Die Notwendigkeit einer Einschränkung des Personenverkehrs habe der Minister eingehend dargelegt. Inwiefern durch die zur Erreichung dieses Zieles erforderlichen Maßnahmen der Arbeiterverkehr berührt werde, sei nicht ersichtlich, da die Arbeiterwochenkarten regelmäßig nicht zur Benutzung von Schnellzügen berechneten. Die Förderung und Pflege des Arbeiterverkehrs, dessen Notwendigkeit und Wichtigkeit außer Zweifel ständen, sei Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit der Staatsbahnverwaltung; die Fahrpreise für Arbeiterfahrarten seien nicht erhöht.

Der Oberberghauptmann legte zahlenmäßig den Abgang der Ueber- und Nebenschichten im letzten Jahre gegenüber dem Vorjahre dar. — Ein Ausschußmitglied bemängelte die Belieferung der Landwirtschaft mit Kohlen, sowie die hohen Holz- und Torfpreise. Ein anderes Mitglied erkannte zwar die Leistungen des Bergbaues während des Krieges an, führte aber aus, daß die Organisation zur Kohlenversorgung bereits im Frühjahr 1916 hätte einsetzen müssen.

Hierauf wurde die Weiterverhandlung abgebrochen, da der Ausschuß auf die Anwesenheit des Reichskohlenkommissars Wert legte, und auf Donnerstag vertagt.